

Haushaltsrede der SPD-Kreistagsfraktion zum Haushalt 2018 des Bodenseekreises

Norbert Zeller, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion Bodenseekreis

- es gilt das gesprochene Wort –

Anrede,

jeder Haushalt, und damit auch der Haushalt des Bodenseekreises für das Jahr 2018, zeigt auf, welche Aufgaben in den kommenden und in den folgenden Jahren zu bewältigen sind.

Für die SPD-Kreistagsfraktion stehen dabei die **Bedürfnisse der Menschen im Mittelpunkt** unseres politischen Handelns. Und damit meine ich Menschen, die sich in die Gesellschaft einbringen, die einem Ehrenamt nachgehen, die hart arbeiten, um sich und ihren Familien Perspektiven zu schaffen. Wir sehen uns auch in der Verpflichtung für jene Menschen, die nicht auf der Sonnenseite der Gesellschaft stehen. Ja, auch im Bodenseekreis gibt es Menschen, Familien, die in Armut leben und sich beispielsweise schwer tun ihre Kinder mit den notwendigen Schulsachen auszustatten. 100 € Zuschuss pro Schuljahr reichen bei Weitem nicht aus.

Seit Jahren stellt meine Fraktion zum Haushaltsentwurf der Verwaltung Anträge, die in die Zukunft gerichtet sind. Damit setzen wir eigene Schwerpunkte und blicken nach vorne.

Der vorliegende Haushaltsentwurf ist von Unwegbarkeiten gekennzeichnet. Annahmen, die vor der Sommerpause getroffen wurden, ließen sich nicht immer halten. Oder die Novembersteuerschätzung hat uns zusätzliche Mittel in Höhe von knapp 3.4 Mio. € beschert. Darüber freuen wir uns alle.

Deshalb werden wir auch einige Korrekturen und Streichungen mittragen, auch Verschiebungen ins Jahr 2019, immerhin in der Höhe von über 3 Mio. €, obwohl dies ja wirklich keine echte Lösung ist. Aber eines machen wir nicht mit. Globale Minderausgaben, die nur geschönt sind, oder, wie die Verwaltung

sagt, „optimistischere Maßnahmen“, tragen wir nicht mit. Außerdem sehen wir uns in einer politischen, gestaltenden Verantwortung und überlassen nicht der Verwaltung was gestrichen werden soll. Das ist unpolitisch.

Für uns ist **die kommunale Ebene die Basis der sozialen Demokratie**. Sie zu stärken und immer wieder neu im positiven Sinne als Gewinn erfahrbar zu machen, ist unser Bestreben.

Unser Haushalt stellt dar, welche personellen und sächlichen Mittel notwendig sind, um die vielfältigen Aufgaben bewältigen zu können. Wir brauchen also eine **ausreichende finanzielle Ausstattung für unseren Kreishaushalt**. Dazu gehören auch die Zuweisungen durch den Bund und das Land Baden-Württemberg. Während wir durch den Bund durchaus eine gewisse Entlastung in den letzten Jahren bekommen haben (Übernahme der Unterbringungskosten für Flüchtlinge 2016-2019), Integrationspauschale, einmalig 780 Mio. € für BW, 5-Mrd-Paket darunter Gemeindeanteil an der Ust und Länderanteil an der Ust; 3,5 Mrd. € für Schulsanierungen, rd. 250 Mio. € für BW), sind wir durch die grün-schwarze Landesregierung geschröpft worden. Kommunalfreundlich sieht anders aus, wie wir heute in einem Interview mit Gemeindetagschef Roger Kehle lesen können. Während in den Jahren 2011 bis 2016 die Vorwegentnahme im Finanzausgleichgesetz (FAG) stets eine Absenkung gab, zu Gunsten der Gemeinden und Landkreise, hat nun die jetzige schwarz-grüne Regierung kräftig zugelangt und wird die **Vorwegentnahme zu Lasten der Kommunen** erneut deutlich erhöhen. 2017 waren dies 321 Mio. €, was ungefähr 30 € pro Einwohner ausmacht. D. h. Gemeinden und dem Bodenseekreis gingen 6,18 Mio. € verloren. Und im kommenden Jahr sieht es ähnlich aus.

Das Land lebt auf Kosten der Gemeinden und Landkreise und das bei einem Überschuss des Landeshaushalts von über 5 Mrd. €. Das ist nicht nur kommunalfeindlich, sondern auch unsolidarisch. Denn die Kommunen müssen so wichtige Zukunftsaufgaben wie Digitalisierung oder Elementarerziehung bewältigen.

Darunter leidet auch unser Kreishaushalt. 9,2 Mio. € sind im vorliegenden Entwurf nicht gedeckt. Wieviel es nun nach neuesten Zuweisungen und

Verschiebungen tatsächlich sein werden, wird sich am Ende der Sitzung zeigen. Inzwischen hat die Kreisverwaltung selbst nochmals nachgerechnet und nachgebessert.

Dank auch an dieser Stelle für die umfassenden Bewertungen der vorliegenden Anträge. Die SPD wird Teile der Neujustierung mittragen. Aber eine Lösung ist dies vielfacht nicht, wenn notwendige Investitionen lediglich auf das nächste Jahr verschoben werden, auch wenn es sich z. T. um geringe Beträge handelt wie z. B. die notwendige Sanierung des Parkplatzes am Berufsschulzentrum in Überlingen, oder die Sanierung des BZM incl. Cafeteria, oder die Außenbeleuchtung des BSZ FN. Wie lange wollen Sie denn diese Maßnahme noch verschieben und die Folgekosten ignorieren? Auch ist für die SPD nicht zu akzeptieren, dass wir an der Umsetzung des von uns gemeinsam beschlossenen Demographiepapiers erneut Kürzungen vornehmen.

Der Haushalt hat eine dienende Funktion. Und deshalb muss gewährleistet sein, dass die wichtigsten zukunftsweisenden Aufgaben erfüllt werden können. Dazu zählt die SPD den **Einstieg in den bezahlbaren Wohnungsbau, die Sicherung unserer sozialen Systeme, die 100%ige Absicherung der Sozialausgaben, Investitionen in Bildung, Infrastrukturmaßnahmen und der weitere Schuldenabbau**. All diese Punkte müssen finanziert werden. Und deshalb beantragt die SPD die **Kreisumlage auf 33,5 %** festzulegen. Der Landrat hat in seiner Haushaltsrede selbst diesen Vorschlag gemacht, allerdings ohne sich auf die konkrete Höhe festlegen zu wollen. Für die Kreisgemeinden ist unser Antrag zu bewältigen. Und ich bitte alle Kreisräte, auch jene, die gleichzeitig Gemeinderäte sind und vor allem die Bürgermeister den Blickwinkel auf den gesamten Bodenseekreis zu öffnen und Verantwortung für den gesamten Bodenseekreis zu übernehmen.

Mit unserem Vorschlag und der Reduzierung bzw. Verschiebung einzelner Maßnahmen sind wir in der Lage einen ausgeglichenen Haushalt vor das kommende Jahr vorzulegen. Auch alle unsere Anträge können damit finanziert werden. Und wir können sogar einen Schuldenabbau ins Auge fassen.

Übrigens: Die Aufgaben in den folgenden Jahren werden nicht geringer. Wir haben einen steigenden Finanzbedarf in der mittelfristigen Finanzplanung (2018-2021) von über 112 Mio. €. Und dabei ist noch nicht einmal der

notwendige Neubau des Landratsamtes dabei. Es ist langsam eine Zumutung, was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Verwaltung ertragen müssen. Hier appellieren wir auch an die Stadt Friedrichshafen zügig mit den Planungen voranzukommen und konstruktiv mit uns zusammen zu arbeiten. Auch sollte mancher Skeptiker und selbsternannte Experte in Sachen moderne Verwaltungsstruktur sich sachkundig machen, welche Konzeption hinter dem Landratsamtsneubau steckt. Es ist mitnichten eine veraltete Planung, sondern eine auf die Bedürfnisse der Bevölkerung und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgerichtete zukunftsweisende Planung.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind es schließlich, die unsere politischen Vorgaben umsetzen müssen. Um die Zukunftsausgaben bewältigen zu können, brauchen wir ausreichend Personal. Deshalb tragen wir den Verwaltungsvorschlag mit, zusätzlichen Stellen für zusätzliche Aufgaben zu schaffen. Immer neue Aufgaben durch Bund und Land kommen auf uns zu, die bewältigt werden müssen. Dabei denke ich nicht nur an das sicher sinnvolle Bundesteilhabegesetz oder Unterhaltsvorschussgesetz oder den Straßenbau.

Die SPD wird in ganz bescheidenem Umfang **Personalvorschläge** machen. Und dabei bitten wir die Mitglieder des Kreistags um Unterstützung. Es geht um die **Einrichtung einer Stelle für einen Kreisarchäologen, um eine halbe Stelle eines Mobilitätsbeauftragten, einer wichtigen zukunftsweisenden Aufgabe und um die Erhöhung um eine halbe Stelle für den Fachdienst gemeinsame Erziehung.** Zu den einzelnen Anträgen werden meine Kollegen und ich noch später Stellung nehmen.

Nun könnten manche sagen, schon wieder zusätzliches Personal. Die Verwaltung hat bei ihren Anträgen deutlich gemacht, dass es hier nicht um Luxusvorhaben geht, sondern um Pflichtaufgaben. Zusammengerechnet belaufen sich unsere Anträge auf 2 Stellen. Da kommt der Haushalt nicht ins Schwanken. Aber wir setzen in wichtigen Bereichen Schwerpunkte, wenn auch in bescheidener Art und Weise.

Hinzu kommt, dass z. B. die Stelle des Kreisarchäologen zur Hälfte durch das Landesdenkmalamt finanziert werden soll. Überhaupt macht es Sinn, bei den **Personalkosten die Nettoausgaben** zu betrachten und nicht den Deckel auf die Bruttohöhe zu beziehen. Wenn zum Beispiel die Personalkosten für das Job-Center zu 100 durch den Bund übernommen werden, macht es keinen Sinn

einen Deckel drauf zu halten. Ich könnte weitere zahlreiche Beispiele nennen. Deshalb bittet die SPD die Verwaltung, einen praktikablen Vorschlag zur Lösung dieses Problems dem Kreistag vorzulegen.

Wir leben in einer der wirtschaftlich stärksten Regionen in Deutschland, nicht nur BW. Dies ist das Verdienst vieler arbeitender Menschen. Allerdings gibt es auch eine Kehrseite der Medaille. Der Wohnungsmarkt ist leergefegt und es herrschen Immobilien- und Mietpreise wie in Stuttgart oder Freiburg. Leidtragende sind inzwischen nicht nur sozial schwache Familien, sondern auch Menschen mit mittlerem Einkommen. Die SPD sieht hier enormen Handlungsbedarf. Selbstverständlich sind an vorderster Stelle Bund und Land gefordert. Und der Rückzug aus dem sozialen Wohnungsbau war ein katastrophaler Fehler. Aber es gibt auch eine kommunale Verpflichtung aus unserer Sicht. Deshalb wollen wir **1 Mio. € für mehr bezahlbaren Wohnraum** im Haushalt dafür zur Verfügung stellen und klären, wie wir am effektivsten dieses Geld in Kooperation mit den Gemeinden einsetzen können. Kollege Dieter Stauber wird später Näheres dazu ausführen.

Unsere starke Region braucht dringend **zukunftsweisende verkehrspolitische Lösungen**. Auf den Mobilitätsbeauftragten habe ich schon verwiesen. Wir brauchen auch neue Ideen, wie **Kombifahrkarten und die Verbesserung von Angeboten im Öffentlichen Verkehr**. Es ist eine Schande, wie die Angebote im Schienenbereich, auf der Südbahn, aber vor allem auf der Bodenseegürtelbahn ständig zurückgehen. Heute in der Presse wiederum eindrucksvoll belegt. Es ist blamabel, wenn Beschäftigte des Landratsamtes deshalb ihr Job-Ticket wieder zurückgeben, weil es immer mehr ein Risiko wird, ob der Zug überhaupt kommt oder überfüllt ist. Ich sehe darin auch ein gravierendes Versagen der Landesregierung, weil sie hier tatenlos zusieht. Beteuerungen helfen nicht. Taten sind gefordert.

Im Verkehrsbereich hat der Bodenseekreis hat schon viel getan, meist in großer Übereinstimmung in diesem Gremium. Ich nenne beispielhaft auch unsere Resolutionen zu notwendigen Straßen- und Bahnmaßnahmen. Wünschenswert wäre es auch, dass unser **Flughafen** wieder die notwendige Unterstützung bekommt. Dabei schaue ich besonders in Richtung Freie Wähler. Wie sollen wir denn dem Land gegenüber unsere Investitionsforderungen in Millionenhöhe wirksam vertreten, wenn bei uns keine Einigkeit besteht? Mein

Dank gilt auch dem Gemeinderat von FN, der am Montag ebenfalls sich für eine deutliche Entschuldung des Flughafens ausgesprochen hat.

Begrüßenswert sind auch Maßnahmen im ÖV, wie jüngst das Projekt eine Fahrkarte für den Verkehrsverbund, der sich erfreulicherweise immer weiter ausdehnt. Möglichst viele Menschen dafür zu gewinnen, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen, ist eine ständige Aufgabe von uns allen. Denn Nahverkehr ist eine öffentliche Dienstleistung.

Auch die Urlauber, nicht nur Einheimische gehören dazu. Deshalb ist der Grundgedanke, der hinter der **EBC** steht richtig. Wir gehen davon aus, dass nun möglichst schnell tragfähige Konzepte erarbeitet werden. Es geht nicht darum, das Gesicht zu wahren oder zu verlieren. Wir brauchen zukunftsfähige Lösungen. Hier sind natürlich die Gemeinden in der Region und die DBT-GmbH gefordert.

Ohnehin ist es erfreulich, dass unsere Region immer beliebter als Urlaubsregion wird. Das freut uns. Und weil dies so ist, können wir uns als Gesellschafter aus der **DBT** zurückziehen und den handelnden Akteuren das Feld überlassen. Es macht doch Sinn, dass diejenigen, die von der Tourismusentwicklung profitieren auch selber Gesellschafter in der DBT werden. Selbstverständlich ist ein Rückzug des Bodenseekreises von heute auf morgen nicht möglich, aber in absehbarer Zeit. Für den Haushalt 2019 wird dies Folgen haben. Und in der IBT ist der Bodenseekreis weiterhin für die gesamte Bodenseeregion tätig.

Ein weiterer Schwerpunkt ist der **Bildungsbereich** im Kreishaushalt. Hier investieren wir enorm viel. Und das ist gut so, damit unsere Schulen ihre Schülerinnen und Schüler zu bestmöglichen Leistungen verhelfen. Hohe Testwerte allein sind für uns aber noch keine Garantie für Qualität. „Gut“ ist eine Schule erst dann, wenn sie allen Schülerinnen und Schülern auf der Basis einer demokratischen Lebens- und Lernkultur eine bestmögliche Entwicklung ermöglicht. Und wir erinnern daran, dass Inklusion Aufgabe aller Schulen ist. Alle Kinder müssen mitgenommen, nicht abgeschult werden. Aus Kreissicht brauchen wir dazu ein umfassendes Konzept zur Familienbegleitung.

Die **bauliche und sächliche Ausstattung** unserer Schulen ist Voraussetzung für eine gelingende Bildung. Deshalb halten wir nichts davon, wenn z. B. die

Anschaffung notwendiger Maschinen verschoben werden soll. Zeitgemäße Ausbildung braucht zeitgemäße Geräte und zeitgemäße Unterrichtsräume.

Bildung fängt jedoch nicht erst in der Schule an. Deshalb legen wir großen Wert auf die Unterstützung unserer Kindertageseinrichtungen durch unsere **Kindergartenfachberatung**. Da könnte noch eine Schippe draufgelegt werden.

Viele Menschen engagieren sich in vorbildlicher Weise ehrenamtlich für unsere Mitmenschen. Deshalb ist es gerechtfertigt, auch Jugendbetreuer besser zu fördern und den **Kreisjugendring** mit mehr Mitteln auszustatten. Auch Kinder und Familien sollen direkt davon profitieren. Dies hat uns dazu veranlasst einen Antrag zu stellen, den Zuschuss für Teilnehmer einer Maßnahme um 40 Cent pro Tag zu erhöhen.

Vorbildliches Engagement im **Ehrenamt** gibt es vielfach. Dazu zählt auch die DLRG. Dies hatte den Kreistag in den letzten beiden Jahren dazu bewogen, jeweils 30.000 € zur Verfügung zu stellen. Wir alle hatten dabei gehofft, dass das Land BW die „Blaulichtförderung“ verbessert und die Rettungsdienste besser stellt. Trotz Bemühungen, auch gerade unseres Landrats auf der Parteischiene, hat sich leider nichts Entscheidendes getan. Für uns ist dies nun Anlass zum Einen mit den Bemühungen auf Änderung des Rettungsdienstgesetzes hinzuwirken, zum Anderen nicht diejenigen darunter leiden zu lassen, die sich aufopferungsvoll für unsere Mitmenschen oft unter schwierigen Bedingungen einsetzen. Deshalb stellen wir erneut den Antrag, 15.000 € der **DLRG**, Bezirk Bodenseekreis zu gewähren, damit der Rettungsdienst aufrechterhalten werden kann. Bewusst haben wir dieses Mal einen deutlich reduzierten Betrag genommen, um die Zustimmungsschwelle möglichst niedrig zu halten.

Viel Gutes haben Ehrenamtliche und Hauptamtliche im **Asylbereich** geleistet. Dazu nenne ich ausdrücklich auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung und Gemeinden. Aber letztendlich geht es auch immer um die Finanzierung von Maßnahmen der Unterbringung und Integration. Seit Jahren lässt uns das Land hängen. Versprechungen bleiben Versprechungen. Der Ministerpräsident und seine Finanzministerin kündigen an, ohne Taten folgen zu lassen. So sieht vertrauensvoller Umgang mit den Kommunen nicht aus.

Wir werden sehen, was nun auf Bundesebene passiert. Dabei geht es auch um **Familienzusammenführungen**. Ich finde, dass die ehemalige Bundestagspräsidentin und frühere Vorsitzende der Kommission für Migrationsfragen, Rita Süssmuth (CDU) Recht hat, wenn sie sagt: „Die Familie gehört zum Migrant und die kann man nicht einfach abtrennen“. Für sie hat der Nachzug der Familie von Flüchtlingen Priorität. Eine wahrlich christliche und soziale Haltung. Integration bedeutet, Familie, Freunde, Sprache und Arbeit. Sie wendet sich gegen Ausgrenzung und Diskriminierung. Das sind für uns die wesentlichen Punkte. Und ich füge noch hinzu: Das Recht auf Schutz vor Krieg und Verfolgung ist ein Menschenrecht und kennt keine Obergrenze.

Ein eindringlicher Appell an die Gemeinden im Bodenseekreis: Es darf nicht sein, dass einige Gemeinden nicht ihrer Verpflichtung nachkommen, zeitnah eine **Anschlussunterbringung nach der Gemeinschaftsunterbringung** zu schaffen. Jährlich gehen dem Landkreis dadurch über 3 Mio. € durch die Lappen. Mit diesem Geld könnte man viel für den allgemeinen Wohnungsbau tun.

Lassen Sie mich noch einen Satz zur **OEW** sagen. Wir begrüßen das Vorgehen der OEW eine Verfassungsbeschwerde beim Verfassungsgericht einzulegen. Es kann nicht sein, dass die betroffenen Landkreise für die Haftung im Falle der Insolvenz der EnBW (wovon wir nicht ausgehen) für die atomaren Altlasten herangezogen werden. Hier muss das Gesetz nachgebessert werden.

Insgesamt gesehen sind wir der Überzeugung, dass die EnBW gut aufgestellt ist, nachhaltig agiert und es sich um ein innovatives Infrastrukturunternehmen handelt und nicht nur um ein reines Energieversorgungsunternehmen. Davon konnten wir uns in Balingen überzeugen. Und es klang auch gut, dass wir künftig wieder mit einer Dividende rechnen können.

Bürgerbeteiligung wird derzeit vielfach auf kommunaler Ebene praktiziert. Wir haben gute Erfahrungen mit dem Mediationsverfahren zur Umfahrung Kluftern gemacht. Gerne möchten wir auch Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen Ideen und Anregungen für die künftigen Kreishaushalte zu geben, so wie es die Stadt FN uns erfolgreich vormacht. Eigentlich kann doch da niemand dagegen sein, sofern es jemand mit der Bürgerbeteiligung ernst meint.

Lassen Sie mich zum Schluss noch der **Verwaltung Dank** sagen, nicht nur dem Landrat und den Dezernenten. Dank natürlich vor allem der Kämmerei, Herrn Männle aber auch den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die tagtäglich ruhig und fleißig ihre Arbeit tun. Und die in beeindruckender Weise auch die heutige Sitzung mit ihren Vorlagen die Entscheidung erleichtert haben.

Wir hatten bei der Verwaltung nie das Gefühl, gegen eine Mauer zu rennen, sondern die Türen standen immer offen. Ein solches Miteinander ist ja Voraussetzung für ein nachhaltiges Wirken im Interesse der Menschen im Bodenseekreis.

Dank sagen will ich auch den Fraktionen für das meist **konstruktive Miteinander**, das faire Streiten um die besten Ideen und Lösungen. Konstruktives Ringen oder Streiten um der Sache Willen stärkt unsere Demokratie. Und wenn am Ende Kompromisse stehen, ist dies ein Zeichen für den Verständigungswillen und der Übernahme von Verantwortung.

Friedrichshafen, 20.12.2017